

parl



1. Bogen

19. Dezember 1975

30 Jahre Parlament der Zweiten Republik

Gemeinsame Festsitzung des Nationalrates und des Bundesrates

Vor 30 Jahren, am 19. Dezember 1945, waren Nationalrat und Bundesrat zu ihren ersten Sitzungen nach der Wiedererrichtung der Republik Österreich zusammengetreten. Aus Anlaß der 30. Wiederkehr dieses historischen Tages fanden sich heute die Mitglieder der beiden gesetzgebenden Körperschaften des Bundes im großen ehemaligen Abgeordnetenhaus-Sitzungssaal zu einer gemeinsamen Festsitzung ein, zu der auch die Landtagspräsidien, Mitglieder der Landesregierungen, die Präsidenten des Rechnungshofes und der Höchstgerichte, ehemalige Mitglieder von Bundesregierungen, ehemalige Abgeordnete zum Nationalrat und Mitglieder des Bundesrates, Rektoren sowie Vertreter der hohen Beamtenschaft geladen waren. In Logen im ersten Rang hatten sich Würdenträger der Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie zahlreiche auch Vertreter des Diplomatischen Corps eingefunden.

Der Sitzungssaal war mit Blumen und Blattgrün geschmückt, an der Stirnwand über dem Präsidium prangte die rot-weiß-rote Fahne, darauf das Staatswappen.

Um 11 Uhr betrat Bundespräsident Dr. Kirchschräger in Begleitung der Präsidien beider Häuser sowie von Bundeskanzler Dr. Kreisky und Vizekanzler Ing. Häuser unter den Klängen einer Festfanfare den Saal und nahm im Halbrund gegenüber der Rednertribüne Platz. Das Präsidium ließ sich auf der Estrade nieder. Den Vorsitz führte Nationalratspräsident Benya. Zu seiner Rechten und Linken hatten der Vorsitzende des Bundesrates Dr. Heger, der Zweite und Dritte Präsident des Nationalrates Minkowitsch und Probst, die Vorsitzenden-Stellvertreter des Bundesrates Dr. Skotton und Dr. Schambeck sowie Parlamentsdirektor Dr. Czerny ihre Plätze.

Die Mitglieder der Bundesregierung und die Staatssekretäre nahmen die Regierungsbank ein.

Präsident B e n y a eröffnet die Festsitzung. Er begrüßt unter allgemeinem Beifall den Bundespräsidenten.

Sodann hält Nationalratspräsident B e n y a seine Ansprache. (Die Ausführungen sind den Bogen a und folgende zu entnehmen.)

Die Rede des Nationalratspräsidenten findet den lebhaften Beifall des ganzen Hauses.

Nach einem Bläserchoral bittet der Vorsitzende den Bundespräsidenten, zur Festversammlung zu sprechen.

Bundespräsident Dr. K i r c h s c h l ä g e r begibt sich hierauf unter allgemeinem Beifall auf die Rednertribüne und ergreift zu seiner Festansprache das Wort (siehe Bogen A ff).

Auch die Rede des Bundespräsidenten wird mit lang anhaltendem Beifall der Anwesenden aufgenommen.

Präsident B e n y a dankt dem Staatsoberhaupt für die eindrucksvollen und das Parlament ehrenden Worte.

Die Festsitzung findet mit der Bundeshymne, gespielt von Wiener Trompeterchor, ihren Abschluß. Die Teilnehmer am Festakt singen die Bundeshymne stehend mit. (Schluß um 11.40 Uhr.)

Österreichische Gruppe der IPU

Nach der Festsitzung trat heute unter dem Vorsitz von Präsident B e n y a die Generalversammlung der österreichischen Gruppe der Interparlamentarischen Union zu einer Sitzung zusammen.

Im Mittelpunkt stand die Beschlußfassung über neue Statuten der österreichischen Gruppe.

Zum Vorsitzenden der österreichischen Gruppe der IPU wurde Nationalratspräsident B e n y a, zu seinen Stellvertretern in dieser Funktion wurden Zweiter und Dritter Präsident M i n k o w i t s c h und P r o b s t gewählt.

Als Generalsekretär der österreichischen Gruppe wurde Parlamentsdirektor Dr. C z e r n y, zum Generalsekretär-Stellvertreter Parlamentsrat DDr. L ö s c h und zum Exekutivsekretär Kommissär Dr. K l a u s g r a b e r nominiert.

Alle Abstimmungen erfolgten einstimmig.

In den neuen Statuten der österreichischen Gruppe der IPU, der die Abgeordneten zum Nationalrat sowie die Mitglieder des Bundesrates angehören, wird als Ziel der Interparlamentarischen Union hervorgehoben, die persönlichen Kontakte zwischen den Mitgliedern sämtlicher Parlamente, die sich in Nationalen Gruppen konstituieren, zu fördern und diese zu einer gemeinsamen Aktion zusammenzuführen, damit die jeweiligen Staaten an der Festigung und Entwicklung von Vertretungskörpern sowie an den Bemühungen um Frieden und Zusammenarbeit zwischen den Völkern - vor allem auch durch Unterstützung der Ziele der Vereinten Nationen - mitwirken.

-.--.-.-.-.-.-

Empfang anläßlich des Parlamentsjubiläums

Der Präsident des Nationalrates Anton B e n y a und der Vorsitzende des Bundesrates Dr. Hans H e g e r haben für heute nachmittag zu einem Empfang aus Anlaß des 30. Jahrestages der Aufnahme der parlamentarischen Tätigkeit nach Wiedererrichtung der Republik eingeladen. Es ist damit zu rechnen, daß dieser Empfang der größte sein wird, der bisher im Parlamentsgebäude gegeben wurde.

-.--.-.-.-

Festrede des Nationalratspräsidenten

Hohe Festversammlung! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben uns heute in diesem historischen Saal zusammengefunden, um des 30. Jahrestages der ersten Sitzungen des Nationalrates und des Bundesrates nach Wiedererrichtung der Republik Österreich zu gedenken. 30 Jahre sind in der Geschichte eines Staates und eines Volkes keine große Zeitspanne. Doch dürfen gerade wir Österreicher nicht vergessen, daß in der Ersten Republik das freigewählte Parlament einen solchen Jahrestag nicht begehen konnte. Umsomehr Grund haben wir also, heute jener Ereignisse zu gedenken, die sich vor genau 30 Jahren - am 19. Dezember 1945 - in genau demselben Saal abgespielt haben.

An diesem Tag versammelten sich um 10.20 Uhr die Mitglieder des Nationalrates, die am 25. November 1945 in freier Wahl gewählt wurden zu einer Sitzung, die trotz aller zwischenzeitlichen Ereignisse dadurch die Kontinuität unseres parlamentarischen Lebens dokumentierte, daß sie demonstrativ als erste Sitzung der V. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates der Republik Österreich eröffnet wurde. Die Eröffnung mußte der damalige Staatskanzler Dr. Karl Renner vornehmen, da es ja kein Präsidium des Nationalrates gab und auch die damals geltende Geschäftsordnung keine Bestimmungen für diesen einmaligen Sonderfall, der durch die vorangegangenen Ereignisse eingetreten war, enthielt. So wurde Abgeordneter Karl Seitz zunächst als Alterspräsident angelobt, wofür der damalige Parlamentsdirektor Dr. Pultar die Angelobungsformel verlas, worauf Karl Seitz den Vorsitz übernahm und als erstes - nun schon geschäftsordnungsgemäß - vier Schriftführer berief, deren Namen den meisten von uns noch durchaus geläufig sind, nämlich Frau Rosa Jochmann sowie die Herren Grubhofer, Dr. Maleta und Dr. Pittermann.

Nach der Angelobung richtete Alterspräsident Seitz einige Worte an den Nationalrat, deren wichtigste ich wegen ihrer historischen Bedeutung kurz zitieren möchte. Präsident Seitz sagte damals: "Es ist ein ernster Moment, in dem wir wieder einen Präsidenten wählen und in dem wir die Tätigkeit des Nationalrates wieder aufnehmen. Elf schwere Jahre haben wir überstanden. Die letzten

acht Jahre haben hier in diesem Hause Barbaren gehaust ... Sie haben dem Parlament sogar den Namen genommen, weil sie sonst eingestanden hätten, daß es ein Parlament ist, das von Rechtsgrundsätzen ausgeht."

Er führte des weiteren aus: "Wir haben in diesem Haus im alten Österreich die größten Reformen durchgeführt ... Wir haben dann den Nationalrat der Ersten Republik hier in diesem Hause abgehalten, wenn auch in dem anderen Saal, der jetzt vollkommen zerstört ist, bis dann alles scheiterte und wir das ganze Ungemach des Faschismus und des Krieges mitmachen mußten. Auch das ist überwunden, auch darüber haben wir hinweggefunden ... Wir wissen, daß wir ein kleiner Staat sind. Aber wir sind kein verachteter Staat! Wir wissen, daß wir eine Geschichte haben, die uns Verpflichtungen auferlegt. Wir wissen vor allem, daß wir nicht aus Liebedienerei und weil es heute modern ist, sondern aus innerster Überzeugung Demokraten sind und nichts anderes wollen, als daß der Staat nach den Gesetzen wahrer Demokratie geleitet werde."

Nach seiner Ansprache leitete Alterspräsident Seitz die Wahl des Präsidenten des Nationalrates, die auf den Abgeordneten Leopold Kunschak fiel. Kunschak war als langjähriger Parlamentarier tief bewegt über die ihm zugedachte Würde aber auch ernste Bürde - wie er selbst sagte - und führte dann anschließend unter anderem aus: "Wir erleben heute einen Freudentag erster Ordnung, einen Freudentag, der sich tief eingraben wird nicht nur in die Herzen derer, die wir hier versammelt sind, sondern auch in die Herzen des ganzen österreichischen Volkes, ein Freudentag, weil nun endlich wieder die Zeit gekommen ist, in der das Volk durch seine Vertretung über sein Schicksal entscheiden wird. Wir wollen uns die Freude daran auch nicht selbst vergällen durch eine ausführliche Rückschau auf das, was wir in dem abgelaufenen Jahrzehnt erlebt haben. Uns geziemt es nicht, eine solche Rückschau im Detail zu halten. Das möge den Geschichtsschreibern einer kommenden Zeit überlassen bleiben. Uns geziemt es, fest und unbeirrt unseren Blick in die Zukunft zu lenken."

Hohe Festversammlung! Sie sehen, daß heute vor 30 Jahren an dieser Stelle Worte gesprochen wurden, die durchaus auch für unsere Zeit und unsere Situation Geltung haben. Das große, unauslöschliche Verdienst aller jener, die zur Wiedererrichtung der Zweiten Republik und unserer parlamentarischen Einrichtungen beigetragen haben, ist, daß sie trotz aller parteipolitischen Gegensätze das gemeinsame Ganze nie aus dem Blick verloren haben.

Der Erste Präsident des Nationalrates nach 1945, Leopold Kunschak, drückte diese Haltung damals mit folgenden Worten aus: "Was das Parteiinteresse anlangt, so wird es bekundet durch die Zusammensetzung der Versammlung und durch die Zusammensetzung aller der Institutionen, die jetzt ins Leben gerufen werden. Wir stehen zusammen und stellen die Parteiinteressen zurück, weil wir alle miteinander die Pflicht empfinden, in erster Linie und mit der ganzen Kraft und Hingabe, über die wir verfügen, dem Volke und dem Vaterlande zu dienen."

Am Nachmittag des 19. Dezember 1945 versammelte sich auch der Bundesrat zur Eröffnungssitzung, in der Karl Honay, der damalige Stadtrat und spätere Vizebürgermeister der Bundeshauptstadt Wien, den Vorsitz führte. In dieser Bundesratssitzung gab Staatskanzler Dr. Renner einen Rechenschaftsbericht der Provisorischen Staatsregierung. Im Anschluß daran behandelte der Bundesrat den Gesetzesbeschluß des Nationalrates betreffend das Verfassungs-Übergangsgesetz 1945.

Am folgenden Tag - also am 20. Dezember 1945 - trat die Bundesversammlung der Republik Österreich zusammen und wählte Dr. Karl Renner zum Bundespräsidenten.

Dr. Renner und Nationalratspräsident Kunschak, der den Vorsitz in der Bundesversammlung führte, waren langjährige Weggefährten, weshalb der neugewählte Bundespräsident folgende, sehr persönliche Worte an Präsident Kunschak richtete: "Eineinhalb Generationen gemeinsamer Kämpfe, vieler Gegensätze und vieler Gelegenheiten der Verständigung verbinden mich mit Ihrer Person. Ich habe in den schwierigsten Zeiten der Auseinandersetzungen in der Republik erfahren, daß Sie ein getreuer Eckhart der Demokratie waren; und so hat es mich im ersten Moment der Wiedererhebung Österreichs erfreut und beglückt, daß wir die ersten zwei Österreicher waren,

die sich in der Wenzgasse draußen begegnet und sich verstanden haben ... Ich habe daraus die Zuversicht geschöpft, daß die Zusammenarbeit dieser zwei Parteien und auch aller anderen demokratischen Parteien das Fundament eines neuen glücklicheren Österreich legen wird."

Auch das, Hohe Festveranstaltung, zitiere ich, weil es mir für die Gegenwart von Bedeutung scheint: Die Hochachtung nämlich und die persönlichen Beziehungen, die maßgebliche Politiker über alle Parteigrenzen und Meinungsverschiedenheiten hinweg stets miteinander verbunden haben. Ein Ausdruck dieser persönlichen Verbundenheit ist es auch, daß zu der heutigen gemeinsamen Festsetzung des Nationalrates und des Bundesrates auch alle ehemaligen Mitglieder der beiden Häuser des Bundesparlaments geladen wurden. Und ich freue mich, daß eine so große Anzahl von ihnen dieser Einladung tatsächlich Folge geleistet hat. Von denen, die mein Amtsvorgänger Nationalratspräsident Dipl.-Ing. Karl Waldbrunner aus Anlaß des 25. Jahrestages am 18. Dezember 1970 namentlich erwähnte, nämlich Leopold Kunschak, Johann Böhm, Adolf Schärf, Leopold Figl, Julius Raab und Oskar Helmer, lebt ja keiner mehr. Ja sogar die Generation ihrer unmittelbaren Nachfolger scheidet mehr und mehr aus dem politischen Aktivitätsstand. Umso wichtiger erscheint es mir, daß wir alle uns bemühen, die politischen Erfahrungen, die wir im Laufe unseres Lebens aus historischen Erfolgen und Mißerfolgen gewinnen konnten, stets auch persönlich weiterzureichen.

"Die Geschichte ist die Lehrmeisterin des Lebens" - dieser Spruch gilt insbesondere für das politische Leben des einzelnen wie auch eines Staates und eines Volkes. So möchte ich denn gerade bei diesen festlichen Anlaß meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, daß es weiterhin zu unserem politischen Stil gehören möge, persönliche Bande zu knüpfen und zu pflegen, wie dies auch einen Wesenszug unseres Volkscharakters entspricht.

Reif für die Demokratie ist eine Gemeinschaft erst dann, wenn alle ihre Mitglieder begreifen, daß das offene Austragen von Meinungsverschiedenheiten niemals zu persönlichen Feindschaften führen darf und daß die freie Diskussion verschiedener Meinungen und Standpunkte dazu dient, die beste Lösung zu finden.

Den Frauen und Männern, die im Jahre 1945 bei der sozusagen zweiten Gründung unserer Republik mit dieser Überzeugung an die Arbeit des Wiederaufbaues unseres Vaterlandes gegangen sind, gebührt unser immerwährender Dank. Dadurch, daß sie nach dem zweiten Weltkrieg die Fehler vermieden, die im politischen Leben unseres Landes nach dem ersten Weltkrieg begangen wurden, haben sie erreicht, daß es heute - 30 Jahre später - ein freies, unabhängiges und demokratisches Österreich gibt.

Es ist uns eine große Freude und Ehre, daß der Herr Bundespräsident diese Festversammlung durch seine Anwesenheit auszeichnet und sich überdies bereit erklärt hat, aus Anlaß des 30. Jahrestages der Wiedererrichtung unserer parlamentarischen Körperschaften eine Festansprache zu halten.

Ansprache des Bundespräsidenten

Herr Präsident des Nationalrates! Herr Vorsitzender des Bundesrates! Verehrte Festgäste!

Lassen Sie mich als erstes dafür danken, daß Sie die bisherige Übung fortgesetzt und mich als Bundespräsident eingeladen haben, an dieser gemeinsamen Festsitzung des Nationalrates und des Bundesrates teilzunehmen und auch zu sprechen. Für mich ist diese Einladung ebenso wie die Anwesenheit der Bundesregierung an der Festsitzung eine äußere Dokumentation für die Zusammengehörigkeit und gleichzeitig die Aufgabenteilung zwischen Parlament, Bundesregierung und Bundespräsident. Keines dieser Organe ist und darf in der Lage sein, politische oder rechtliche Macht für sich alleine auszuüben. Es bedarf des nicht nur gesetzlich geregelten, sondern auch praktizierten organischen Zusammenwirkens aller drei, um dem Verfassungsgrundsatz Rechnung zu tragen, daß alles Recht vom Volke ausgehe, und um die Existenz unserer Republik als unabhängigen und demokratischen Staat im Zentrum Europas sicherzustellen.

Das eindrucksvoll sprechende Beispiel hierfür ist der Grund der heutigen Festsitzung, sind die für unsere Republik wahrhaft entscheidenden Ereignisse des 19., 20. und 21. Dezember 1945. Als heute vor 30 Jahren, am 19. Dezember 1945, der neugewählte Präsident des Nationalrates - es war Leopold Kunschak - die erste Sitzung des Nationalrates nach Jahren der Unfreiheit schloß, folgte als staatsrechtlich zwangsläufige Konsequenz am Nachmittag desselben Tages die Konstituierung des Bundesrates; dieser unter Vorsitz des Vertreters des Bundeslandes Wien Karl Honay. Die Wahl Karl Renners zum Bundespräsidenten in der ersten Sitzung der Bundesversammlung am darauffolgenden 20. Dezember - sie erfolgte nach dessen damals und noch heute als entscheidend und überragend anerkannten Verdiensten einstimmig - ergab sich als eine rechtliche und politische Konsequenz aus der durch die Konstituierung des Nationalrates und des Bundesrates geschaffenen Verfassungslage, die das Bundes-Verfassungsgesetz 1920 in der Fassung von 1929 wieder anwendbar machte. Die unmittelbar darauffolgende Ernennung

der Regierung Leopold Figl - Adolf Schärf und die Regierungserklärung des Bundeskanzlers Figl am 21. Dezember schloß die Wiedereinrichtung Österreichs als demokratischen Bundesstaat ab.

Kein Akt war von dem anderen zu trennen. Alle zusammen bildeten jene Einheit, die es möglich machte, daß unsere Republik, teils mit Hilfe und teils trotz vierfacher Besetzung, weniger als acht Monate nach der mutigen Unabhängigkeitserklärung der Provisorischen Staatsregierung vom 27. April 1945 sich als ein vom Grund her bejahter demokratischer Staat mit einem starken Lebenswillen präsentierte.

Daß auf dem Weg zu den staatspolitischen Akten des 19. bis 21. Dezember die Länderkonferenzen und vor allem die Ausschreibung und die Durchführung freier allgemeiner Wahlen entscheidende Stationen darstellten, wurde schon bei anderem Anlaß dargelegt. Die Republik Österreich, die in den Herzen und im Bewußtsein vieler Österreicher als demokratischer Staat nie untergegangen war, hatte sich nach manchen Irrwegen, die innerhalb Österreichs gegangen wurden, und nach dem Versuch, den Staat von außen her zu vernichten und selbst den Namen vergessen zu machen, auf einer demokratischen Verfassungsbasis wieder konstituiert. Die Erwartung des Berichterstatters für das Verfassungs-Überleitungsgesetz 1945 in der Sitzung des Nationalrates vom 19. Dezember, des Abgeordneten Felix Hurdes, hat sich bis heute erfüllt, nämlich jene, "daß diese verfassungsrechtlichen Grundlagen uns ein Instrument sind zu einem gedeihlichen Zusammenarbeiten in einem demokratischen Österreich."

Geziemend und doch unendlich schwer ist es, in einem Rückblick auf diese Zeit vor 30 Jahren Namen zu nennen. Einige wurden vom Herrn Präsidenten dieser Festversammlung genannt, einige andere nannte ich und möchte zusätzlich noch die Erinnerung wachrufen an den in der Sitzung des Nationalrates vom 19. Dezember gewählten Zweiten Präsidenten des Nationalrates Johann Böhm und den Dritten Präsidenten Dr. Alfons Gorbach. Wir haben das Glück, daß hier in dieser Festversammlung Persönlichkeiten anwesend sind, die diese Dezentertage des Jahres 1945 mit vorbereitet und mitbestimmt haben. Ihnen gilt auch mein besonderer respektvoller Gruß.

Das politische Leben ist kein an Dank reiches Leben. Das galt für die Gestalter unserer Republik im Jahre 1945, es galt in den folgenden Jahren und es gilt heute. Schauen Sie aber hinaus auf die Straßen und Häuser und die Geschäfte, schauen Sie auf die Kleidung der Menschen in unserem Land - ich will die Autos gar nicht nennen - und schauen Sie auf die Kinder, wie sie 30 Jahre nach jenen denkwürdigen Staatsakten heute das Weihnachtsfest erwarten, dann mag Ihnen, die Sie sich Frauen und Männer der ersten Stunde der wiedererstandenen Republik nennen dürfen, so recht zum Bewußtsein kommen, daß es wert gewesen ist, sich für das österreichische Volk und für unsere Republik aufzuopfern und viele Risiken einzugehen. Diese innere Befriedigung, sie gibt sicher mehr als es Dankesworte oder äußere Anerkennung geben können.

All derer aber, die nicht mehr unter uns sind, wollen wir, nicht aus einer Sentimentalität heraus, sondern aus der Achtung für ihre großen, nachahmenswerten, aber kaum nachahmbaren Leistungen in Ehre gedenken.

Leopold Kunschak nannte als Präsident des Nationalrates den 19. Dezember einen glücklichen Tag. Diese Aussage gilt auch für den 20. und den 21. Dezember. Denn es waren Tage, an denen sich der Wille des Volkes, wie er in den Wahlen vom 25. November zum Ausdruck kam, sehr rasch und unmittelbar in die Tat umsetzte. ... Denn vergessen wir nie, es war das österreichische Volk, das in den Wahlen vom 25. November 1945 und in allen Wahlen seither die verfassungsmäßige und politische Grundlage für den Aufbau Österreichs als parlamentarische Demokratie gelegt hat und dieser Grundlage auch immer treu geblieben ist.

Manchmal gibt es Klagen über das mangelnde politische Interesse breiter Teile unseres Volkes. Sie mögen nicht unrechtmäßig sein, wenn es um Versammlungen und die eine oder andere innerpolitische Auseinandersetzung geht. Die immer hohe Wahlbeteiligung in Österreich allerdings zeigt von einem sehr wachen politischen Bewußtsein, und die Stimmabgabe legt Zeugnis dafür, daß das österreichische Volk in seiner überwältigenden Mehrheit Extremes von jeder Seite ablehnt und entschlossen ist, sich jene demokratische Gesellschaftsordnung, die es in der Geschichte der Republik einmal missen mußte, zu erhalten.

Jede demokratische Gesellschaftsordnung setzt die Existenz mehrerer politischer Parteien voraus. Es mag daher überraschend sein, daß dieselben Mitbürger, die mit Recht entschlossen für die Demokratie unserer Prägung eintreten, gegen die politischen Parteien an sich, die die Träger einer solchen Demokratie sind, große Vorbehalte haben. Hier nach der Ursache und Abhilfe zu suchen, wird Aufgabe für uns alle sein, denen an der Erhaltung unserer Demokratie gelegen ist.

Ich rede hier keineswegs einer verstärkten Mitgliedschaft zu politischen Parteien das Wort. Österreich liegt hier in internationalen Vergleich relativ hoch. Aber ich habe manchmal Sorge darüber, daß viele Mitbürger meinen, auf den, der sich mit den öffentlichen Angelegenheiten, also mit Politik, befaßt, mit einem gewissen Seitenblick herabsehen zu müssen, und eine Wertschätzung des Politikers häufig erst in der Stunde des Todes und in den Monaten nachher zur Geltung kommt. Das Jahr 1945 und das Jahr 1955 haben es bewiesen und die auch heute wahrlich nicht spielerisch leichte Situation in der Welt beweist es zusätzlich, daß es kluger und opferbereiter politischer Persönlichkeiten innerhalb der politischen Parteien bedarf, um unser Haus in einer Weise zu bestellen, die es sicher macht nach außen und wohllich für alle Österreicher nach innen.

Vielleicht übersehen manche, die im kleineren Kreis oder in den Massenmedien allzu unbekümmert den Politiker herabsetzen, den Neidkomplex schüren oder maßlose Kritik üben, daß sie damit an jenem Baum sägen, der als eine seiner Früchte auch die unschätzbar wertvolle Freiheit der Meinungsäußerung trägt. Vielleicht wird auch manchmal die Eigenwirkung von Worten unterschätzt, die, einmal ausgesprochen oder geschrieben, nicht mehr kontrollierbare Konsequenzen haben. Daß ich mit diesen Worten den hohen - auch politischen - Wert einer auf die Sache oder auch die Person bezogenen Kritik nicht verringern will, darf ich als gegebene Tatsache annehmen, ist diese Kritik doch Ausdruck jener Kontrolle, der wir alle bedürfen und zu der auch wir uns das Recht nicht nehmen lassen wollen.

Vielleicht werden aber auch - selten ist im Leben die Schuld nur auf einer Seite - die politischen Parteien und die politischen Mandatäre von Zeit zu Zeit eine Selbstprüfung in der Richtung machen müssen, ob sie noch immer Dienende an der Idee und im Staate und Volke sind und ob nicht allenfalls wirkliche oder vermeintliche Macht das Leben und den Lebensstil der Partei oder des einzelnen unzulässig verändert hat.

Die politische Entwicklung in Europa und in anderen Erdteilen ist keineswegs so, daß sie zwangsläufig das Überleben der parlamentarischen Demokratie, zu der wir uns bekennen, für alle Zukunft sicherstellt. Die Beispielswirkung unseres Demokratieverständnisses auf die jungen Staaten ist weithin ausgeblieben. Auch die Beschlüsse von Helsinki basieren auf der friedlichen Koexistenz, und friedliche Koexistenz bedeutet friedliches Zusammenleben zwischen den Staaten, aber gleichzeitig Fortführung der ideologischen Auseinandersetzung; und wir müssen diese nach beiden Seiten führen: gegen die Ideologie des Kommunismus ebenso wie gegen neofaschistische Ideen und Konzepte.

Diese Aufgabe, scheint mir, verlangt ein Wissen um jene gemeinsamen Werte, die alle hier im Hohen Haus vertretenen Parteien zu verteidigen haben. Es gibt dieser Werte gar manche, und mir schiene es nützlich, einmal auch darüber einen Gedankenaustausch durchzuführen. Denn erst wenn wir unseren jungen Mitbürgern das Gemeinsame darlegen, das uns in der Verteidigung unserer demokratischen Ordnung verbindet, werden wir sie auch dann für das Programm und die großen Ziele der jeweils eigenen Gesinnungsgemeinschaft begeistern können.

Hohes Haus, verehrte Festgäste! Mit den Sitzungen des Nationalrates und des Bundesrates am 19. Dezember 1945 ist die Republik Österreich wieder als ein demokratischer Staat in die Völkergemeinschaft eingetreten. Zehn weitere Jahre galt es noch, um die volle Unabhängigkeit zu ringen. In diesen zehn Jahren war Österreich in gar mancher Richtung noch Objekt der Politik anderer Mächte. Seit der Erklärung der immerwährenden Neutralität und seit dem Abschluß des Staatsvertrages sind wir nicht nur frei und unabhängig handelndes Subjekt im internationalen Leben geworden, sondern wir haben zusätzlich auch in Europa und weit über Europa hinaus Aufgaben übernommen, die die Existenz unserer Republik nicht nur für uns Österreicher wertvoll machen, sondern auch für die übrige Welt.

Alle vier Organe, die sich am 19., 20. und 21. Dezember 1945 konstituierten oder ins Amt berufen wurden, der Nationalrat, der Bundesrat, der Bundespräsident und die Bundesregierung, tragen auf ihren Schultern die nicht dispensierbare Verantwortung, daß die Republik Österreich sich diese Stellung nach außen erhalte, eine Stellung, die gleichzeitig mit ein Garant für die Sicherheit und Unabhängigkeit unseres Landes ist.

Vor fünf Jahren hat beim gleichartigen Festakt Bundespräsident Franz Jonas seine Ansprache damit geschlossen, daß er dem Wunsch Ausdruck gab, "daß der Nationalrat und der Bundesrat jene Stätte der demokratischen Auseinandersetzung seien, in der das Wohl des Volkes und des Staates das oberste Ziel sei. Die freigewählte österreichische Volksvertretung möge für alle Zeiten die Kraft und die Weisheit besitzen, für den Bestand jener Grundlagen zu sorgen, die unser Volk für Gerechtigkeit und Menschenwürde braucht:

das unteilbare Recht,
die unteilbare Demokratie,
die unteilbare Freiheit."

Lassen Sie auch mich mit diesen Worten schließen, aus Achtung vor meinem Amtsvorgänger, der mit einer der Männer der ersten Stunde war, und aus der Überzeugung, daß wir unsere Unabhängigkeit und unsere Freiheit nach außen nur dann wahren können, wenn wir im Inneren den Menschen zum Ziel unserer Politik machen und in einer gelebten Demokratie Gerechtigkeit und Menschenwürde für jeden unserer Mitbürger zu verwirklichen suchen.

-.-.-.-.-